



## MigrantInnen-Abwehr als Gesetz

Nun haben sie es geschafft. Das Gesetz zur Steuerung und Eindämmung von Zuwanderung, das Zuwanderungsgesetz, ist durch Bundestag und Bundesrat mit entsprechenden Mehrheiten von SPD und Grünen durchgedrückt worden. Es wird allerdings in der veröffentlichten Meinung nicht seines Inhaltes wegen in den Negativ-Saldo bundesdeutscher Geschichte eingehen, vielmehr durch das Schmierentheater im Bundesrat am 22. März 2002. Da hat es bei der Abstimmung zu den zustimmungspflichtigen Bestandteilen ein ja-nein-ja durch die Landesvertretung von Brandenburg gegeben. Der Landeschef Stolpe (SPD) sagte dann endgültig ja, sein CDU-Koalitionär in Person des Innenministers Schönbohm hatte zwischendurch mal nein gesagt, und so wurde die knappe Mehrheit von einer Stimme ausschlaggebend für die Annahme. Die CDU kündigte eine Verfassungsklage an und forderte den Bundespräsidenten Rau (SPD) auf, das Gesetz nicht zu unterschreiben. Dort liegt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch und es wird auf die Legitimität seines Zustandekommens geprüft. Die Aufregung im Bundesrat war, wie sich herausstellte, vorher geplant und die CDU/CSU wollte eine weitere Verschärfung zu Ungunsten von MigrantInnen.

Der weitere Skandal war, dass die von der PDS mitregierten Länder im Bundesrat ebenfalls dem Entwurf zustimmten, welchen ihre Fraktion im Bundestag mit guten Gründen noch ablehnte. Herrschaft um jeden Preis ist eben alles, wie es den Betroffenen ergeht, scheint egal zu sein, man/frau beruft sich auf Sachzwänge. Dies kennen wir von den Grünen zur genüge.

Das Zuwanderungsgesetz, sofern es vom Bundespräsidenten gegengezeichnet wird, orientiert sich an den nationalen Wirtschaftsinteressen, der Verwertbarkeit des "Humankapitals", an

Fortsetzung S. 4

## "Sie gucken wohl kein Fernsehen?"

*Ende 2002 wird die Landesgemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge Tam-bach-Dietharz / Georgenthal endlich geschlossen. Anstatt jedoch ein integratives Flüchtlingsaufnahmekonzept zu entwickeln und die Möglichkeit zur Unterbringung in Wohnungen auszuschöpfen, setzt der Landkreis Gotha weiterhin auf Sammelunterkünfte. Die ca. 530 AsylbewerberInnen sollen fast ausschließlich drei Heimen zugewiesen werden und gegen eine der Unterkünfte wurde nun auch in Gotha der Volkszorn mobilisiert. Nach einer Bürgersprechstunde am 17. April mit 250 Menschen zog der Landrat Dr. Liebezeit (SPD) den Plan zur Errichtung einer Unterkunft in der Leinastrasse zurück. Hier einige*

### Bemerkungen zur Gothaer "Asyldebatte" und zum großen a-b-e-r nach dem Komma:

(...) Unter den Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung fanden sich neben zahlreichen Interessierten aus der Stadt auch eine Reihe "betroffener" Anwohnerinnen und Anwohner der Leinastrasse, die auf Handzetteln um Verständnis dafür warben, dass sie ausländische

Nachbarn als nicht hinzunehmende Härte empfinden. Auch mit von der Partie war eine Abordnung des Westthüringer Neonazi-Netzwerkes NSAW. Mit strategischer Raffinesse war im hinteren Raum ein Jubelblock plaziert, andere Nachwuchs-Patrioten posten szenegerecht neben dem Podium. Anstoß an diesem nach m. E. gewöhnungsbedürftigem Arrangement schien aber niemand zu nehmen.

Schon bei Dr. Liebezeits Ausführungen zum Sachstand herrschte eine Atmosphäre vor, die zwischen Gereiztheit und Aggressivität schwang. Die ersten Bürgerinnen und Bürger, welche das Wort an sich rissen, beklagten vor allem, dass sie sich wiedereinmal von einer kommunalpolitischen Entscheidung übergangen fühlten. Und weil man gerade dabei war, wurden die Müllsatzung und die Abwassergebühren ins Feld geführt. Zum klassischen "Man habe ja nix gegen Ausländer, aber ..." kam ein "Man wehre sich dagegen in eine 'rechte Ecke' gedrängt zu werden, aber ..." hinzu. So klärte uns eine junge Frau über den Unterschied zwischen guten (nützlichen) und schlechten (nutzenlosen) "Ausländern" auf, indem sie ver-

Fortsetzung S. 3

## Willkürliche Umverteilung

*Die Ausländerbehörde Erfurt verhängte am 22.04.02 als „erzieherisches Mittel“ einen Umverteilungsbescheid gegen William Mpon von Erfurt nach Altenburg. Vorgeworfen wird William unter anderem, dass er „sich ständig durch die Behörden, Heimleiter, Mitarbeiter des Sozialamtes in (seiner) persönlichen Freiheit sowie (seinen) Menschenrechten beschnitten“ und in seiner „Menschenwürde angegriffen“ fühle. Der Flüchtlingsrat unterstützt die Williams Klage gegen die Umverteilung.*

*Im folgenden Bericht äußert sich William:*

Seit dem 28.09.1999 lebe ich in Erfurt. Zunächst war ich in Erfurt- Kühnhausen untergebracht. Hier fingen die Probleme mit der Heimleitung an. Wegen dem Umgangston des Heimleiters den Bewohnern gegenüber, wegen dem schlechten Zustand der Gemeinschaftsunterkunft, sprich nicht funktionstüchtigen Heizkörpern, unregelmäßigem heißen Wasser und weil ein Schlüssel den Zugang zu mehreren Türen ermöglichte. Bei Be-

schwerden waren die Antworten der Heimleitung meistens diskriminierend, man sollte als Afrikaner dafür dankbar sein hier zu leben, weil man im Busch keine besseren Lebensumstände gewohnt sei. „Wenn's dir nicht paßt dann geh doch zurück in den Busch!“ war wohl der Lieblingspruch des Heimleiters, um Diskussionen zu beenden.

Nach der Schließung der Unterkunft in Kühnhausen im Dezember 2000 wurde ich in die Schlachthofstrasse umverteilt.

Fortsetzung S. 3

## Gutscheinumtausch

### Aktuelle Termine

#### in Erfurt:

jeden ersten Freitag im Monat, 17 Uhr  
und jeden zweiten Samstag im  
Monat, 10 Uhr

im: REWE-Markt (Rieth) - Endhaltestelle  
der Straßenbahnlinien 4 und 6

Kontakt über:

Infoladen Sabotnik

Telefon: 0361-2118712

(Mo, Di, Do und Sonntag 16 bis 19 Uhr)

#### in Weimar:

In Weimar findet der Gutscheinum-  
tausch zweimal im Monat statt. Jeweils  
an jedem 1. und 3. Freitag im Monat  
können Flüchtlinge um 15 Uhr pro Per-  
son 25 Euro im Leseladen, Graben 41 in  
Bargeld umtauschen.

Die in Weimar ausgereichten Gutscheine  
sind einlösbar in mehr als 10 Supermärk-  
ten.

#### in Stadtroda:

Leider gibt es aufgrund der geringen Be-  
teiligung an der letzten Umtauschaktion  
in Stadtroda noch keinen neuen Termin.  
Derzeit wird in Stadtroda an einer neuen  
Umtauschstrategie gearbeitet. Voraus-  
sichtlich wird ein Umtauschtermin gegen  
Ende Januar 2002 stattfinden. In der Fol-  
ge dann immer in der Monatsmitte. In-  
teressierte können sich per E-Mail: anti-  
ra\_ini\_stadtroda@yahoo.de oder über  
die Postadresse mit der Umtauschinitiati-  
ve Stadtroda in Verbindung setzen.

Antirassistische Initiative Stadtroda  
c/o Bildungswerk Blitz e.v.  
Zeitgrund 6  
07646 Stadtroda



### Termine 2002:

#### Offener Flüchtlingsrat

15. Juni in Altenburg

26. Oktober in Meiningen

#### Mitgliederversammlung

11. Mai in Erfurt

#### Wochenendseminar

6. - 8. Dezember in Hütten



#### Informationen zum Projekt

**“Wer, wenn nicht wir? Infor-  
mation und Motivation für  
Ehrenamtliche in der Flücht-  
lingshilfe”**

**im Internet unter [www.fluechtlingsrat-thr.de](http://www.fluechtlingsrat-thr.de) (Projekte)  
oder telefonisch / per mail.**

## Impressum

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.  
Warsbergstraße 1  
99092 Erfurt  
Tel 0361-21727-20  
Fax 0361-21727-27  
E-Mail:  
[info@fluechtlingsrat-thr.de](mailto:info@fluechtlingsrat-thr.de)  
Internet:  
[www.fluechtlingsrat-thr.de](http://www.fluechtlingsrat-thr.de)

Das Info kann kostenlos be-  
stellt werden. Der Flüchtlings-  
rat ist jedoch auf Spenden an-  
gewiesen, um unabhängig von  
staatlichen Geldern und Inter-  
essen für das Recht auf Asyl  
und den Schutz von Flüchtlin-  
gen eintreten zu können.

#### Spendenkonto

SEB Leipzig  
BLZ 860 101 11  
Konto-Nr. 1963704200

## Kontakt regional



#### Mitte:

Ausländerbeauftragte ev. Kirchen-  
kreis Erfurt

☎ 0361-7508422, -23

amnesty international, Erfurt, jeden  
2. Dienstag im Monat, 17 Uhr

☎ 0361-5617580

Ausländerbeirat Erfurt, Dienstag  
(n.V.) und Donnerstag 16 - 18 Uhr

☎ 0361-6551040

#### Süd:

Adelino Massuvira, Suhl

☎ 03681-309038

Freundeskreis Asyl Meiningen

☎ Telefon: 03693-820570

#### Jena:

Sana Al-Mudhaffar/Rea Mauersber-  
ger, Ausländerbeirat Jena

☎ 03641-493330 do 14-18, 448936

The Voice Forum

☎ 03641-665214 / 449304

#### Gera:

Stefan Kretzschmar, AK Asyl Gera

☎ 0174-6260253

#### West:

l'amitié, Gotha

☎ 03621-29340

Roland Wanitschka, Eisenach

☎ 03691-212548

#### Nord:

Heidi Radtke-Seidu, Nordhausen

☎ 03631-980901

Christine Stolpmann, ev. Kirchenkreis  
Sondershausen

☎ 036020-72767

#### Beratung für jüdische Emi- grant/innen:

Jüdische Landesgemeinde, Erfurt

☎ 0361-5624964

Fortsetzung von S. 1: "Sie gucken wohl kein Fernsehen"

kündete, dass hier ja keiner was gegen Schweden, Norweger, Amerikaner und so was habe, aber bei denen, um die es hier ginge, wäre das ja wohl ein ganz anderer Fall. Nach dem sich dazu gewisser Protest entwickelte, gemahnte ein Rufer aus dem Jungnaziverband doch tatsächlich zu mehr Toleranz. Nach einigem hin und her ergriff P. Wieschke – das charismatische Sprachrohr des Faschismus-Fanclubs – das Wort. Begleitet von einem finsternen Volksturm-Mützenträger baute er sich, das Podium im Rücken, vor dem Publikum auf, um aus seinem reichen Schatz von Erfahrungen mit "Asylanten" zu plaudern. Er wohne nämlich in Eisenach neben einem "Asylantenheim", was ihn für diese Diskussion ungemünzt qualifiziere. Nach einer Weile nahmen die Stimmen im Saal überhand, die zur Beendigung seines Exkurses aufriefen. Es entstand aber der Eindruck, dass viele schon der Rede folgen wollten. Wieschke - nun durch das Empfinden einer Ungleichbehandlung aufgebracht - und der ebenfalls aufgebrauchte Dr. Liebezeit versenkten sich hernach im Dialog. Zu dessen Ende der Landrat sein Gegenüber allen Ernstes aufforderte "es besser zu machen" – was sich jedoch auf die Lösung der Frage nach Unterbringung der Flüchtlinge bezog. "Es besser machen" als in Tambach möchte es aber schon Herr Neufarth (?). Er - der Chef des Sozialarbeitsunternehmens "Suns-hine-House" G.m.b.H., welches die Unterkunft "bewirtschaften" möchte – begründete dies mit der erfolgreichen Arbeit mit Flüchtlingskindern. Hierzu ein weiblicher Zwischenruf "Ja, Ja wir kennen uns schon aus mit den Kanakenkindern!". Nicht minder Schauderliches folgte wenig später: Ein älterer Herr, sich als damaliger Planer der Leinastasse zu erkennen gebend, trug vor, dass das betreffende Areal für "Lagerinsassen" (sic!) ungeeignet wäre und das Vorhaben der Unterbringung damit eine "Fremdnutzung" wäre. Ein Frau meinte, dass ja einer von "denen" auf der Straße noch ginge, aber wenn's mehr sind, müsse man seine Autos in Sicherheit bringen. Eine andere Frau pflichtete bei, indem sie darauf hinwies, schon einmal überfallen worden zu sein. Dies zwar nicht von einem Ausländer, aber immerhin. Ein argumentativ etwas anspruchsvoller Herr brillierte mit der Erkenntnis, dass "Asylanten" ja kriminell sein müssen, weil sonst würden die ja nicht vor der Justiz ihrer Heimat flüchten, um bei uns unterzutauchen. Taktisch reichlich fragwürdig versuchte Dr. Liebezeit mit dem Verweis auf eine zu bildende "Ordnungs-

partnerschaft" mit der örtlichen Polizei zu beschwichtigen. Gegen Ende der Veranstaltung richtete eine Frau, unterstützt von ihrem Ehemann, einen Kanon von Vorwürfen in Richtung Podium. Es war zu erfahren, dass beide sich ein Haus gebaut haben und nun permanent arbeiten müssen, um dieses abzuzahlen. Die Politiker würden mit ihr Entscheidung, Ausländer in ihrer Nähe anzusiedeln, das Leben der beiden zerstören. Sie könnten dann ja nicht mal mehr wegziehen, weil die Immobilie dann entwertet würde.

Auch diese Häuselbauer konnten aber aufatmen: Landrat Dr. Liebezeit gab zu erkennen, dass auf Grund der vorgebrachten Bedenken gegen die Unterkunft in der Leinastraße überdacht werden wird.

Auch wenn diese Diskussionsrunde den einem oder anderem etwas oberflächlich erschien – über Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen wurde ebenso wenig gesprochen, wie über ihre Lebenssituation, geschweige denn Bedürfnisse – kann eigentlich nicht behauptet werden, dass die aufreibenden fünf Stunden ergebnislos verliefen. Da waren zum einen die "wahren Opfer der Zuwanderungspolitik", also jene, denen eine Nachbarschaft mit Flüchtlingen droht. Diese konnten mit dem Gefühl nach Hause gehen, nicht morgen völlig "überfremdet" aufzuwachen – ohne Auto vor der Tür, aber mit drogenabhängigen und vergewaltigten Kindern im zertrampelten Vorgarten. Zum anderen waren da jene, die es "denen da oben" mal wieder zeigen konnten. Nicht zu vergessen die Kameraden vom NSAW: Aus ihren Presseerklärungen geht überdies hervor, dass sie die Bürgerinitiative in der Leinastasse weiterhin unterstützen wollen. Und schließlich waren an diesem Abend Menschen inmitten der aufgebrauchten Menge, die ihre Mitmenschen auf erschütternd neue Weise kennen gelernt haben. Auf die Frage, vor was man denn Angst haben müsse, wenn Flüchtlinge in der Nachbarschaft leben, schrie eine etwas ältere Frau entrüstet ... das, was in der Überschrift steht.

*R. Schaudert (www.areal.online.cx)*

**Mehr zum Thema finden sie in der bald erscheinenden Sonderausgabe (Nr. 7,5) der Zeitschrift "areal". Die gibt's u. a. in einschlägigen Kontaktläden der Region und als pdf-Datei unter [www.areal.online.cx](http://www.areal.online.cx)**

Fortsetzung S. 1: Willkürliche Umverteilung

Dort war ich wahrscheinlich der Heimleitung und den Sozialarbeitern ein Dorn im Auge. Denn ich setzte mich gegen die Zahlung der Sozialleistungen in Gutscheine ein, beklagte mich öfters über die katastrophalen Zustände der Duschen und über die Beschimpfungen, die sowohl von den Sozialarbeitern als auch von der Heimleitung kamen. Ich bekam diskriminierende und rassistische Sprüche als Antwort, die ich hier lieber nicht erwähne. Ich bin jedoch nicht der einzige der diese Probleme hat und deshalb lasse ich das nicht auf mir sitzen. Nur weil viele Betroffene schweigen, weil sie wegen der Sprache nicht ganz verstehen was ihnen an den Kopf geworfen wird oder aus Angst umverteilt zu werden, heißt es nicht das wir Asylsuchende das hinnehmen müssen.

Mein Kampf in Erfurt besteht darin, die Ungerechtigkeiten denen Asylsuchender unterworfen sind, publik zu machen. So zum Beispiel die im Bescheid erwähnten Vorfälle, die trotz meiner Anhörung bei der Ausländerbehörde, meine Perspektive der Geschehnisse kaum wiedergibt.

Ich wohnte vor der Umverteilung nach Altenburg in der Paulstrasse 13. Hier erlaubte sich der Heimleiter öfters die Respektlosigkeit das Zimmer zu betreten ohne zu klingeln und er drohte, dass wenn ich nicht still bliebe dafür zu sorgen dass ich abgeschoben werde. Außerdem sagte er, er würde mir „Glatzen“ nach Hause schicken.

Das Verhalten der Heimleitung wird in dem Bescheid nicht beachtet, obwohl ich bei meiner Anhörung von den Vorfällen berichtete. Nur die Einschätzungen der Ausländerbehörde finden im Bescheid Platz als Begründung mich umzuverteilen, nicht aber meine Perspektive der Geschehnisse. Berücksichtigt wird auch nicht, dass ein Umverteilungsantrag von mir in Bearbeitung ist.

Laut Bescheid soll dieser Transfer keine Strafe sein, sondern eine Erziehungsmaßnahme. Um mich zu erziehen um mich zu lehren, dass Leben in Gemeinschaftsunterkünften mit Schwierigkeiten verbunden sein kann.

*William Mpon*

Fortsetzung S. 1: MigrantInnen-Abwehr

einer bedarfsgerechten, flexiblen Arbeitsmigration. Es unterscheidet in nützlich und unbrauchbare EinwanderInnen. Es ist in erster Linie auf die Begrenzung, auf die Abwehr von Flüchtlingen gerichtet. Nur wer uns nützt und uns nicht auf der Tasche liegt darf kommen.

So wird das Nachzugsalter für Kinder von bisher 16 auf in der Regel 12 Jahre herabgesetzt. Minderjährige, spätestens ab 16 Jahren, werden weiterhin Asylverfahren über sich ergehen lassen müssen, können in Abschiebehaft genommen und abgeschoben werden. Noch mehr Menschen als bisher fallen unter das sozial diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz. Die Abschiebehaft wird nicht abgeschafft, sondern durch sog. Ausreisezentren erweitert. Die Residenzpflicht bleibt bestehen.

Drohende Verfolgung im Herkunftsland durch exilpolitische Betätigung, sog. Nachfluchtgründe, sollen keinen Schutz vor Abschiebung mehr zur Folge haben. Flüchtlinge, die sich bei ihrer Einreise nicht unverzüglich bei einer Aufnahmestelle melden, sollen nur noch sog. Folgeanträge stellen können, d.h. alles, was sie vor ihrer Flucht erleben mußten, also der Grund ihrer Flucht, muß nicht mehr berücksichtigt werden.

Die positiven Elemente des Gesetzes sollen an dieser Stelle allerdings auch nicht verschwiegen werden: Opfer von nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung können als Flüchtlinge anerkannt werden. Wie dies in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten, da uns die bisherige negative Praxis der Anerkennung von staatlicher Verfolgung bekannt ist. Das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten wird gestrichen (damit keine Rechtsmittel gegen Anerkennungsentscheidungen mehr) und es sollen Härtefallkommissionen gesetzlich geregelt werden.

Es bleibt dabei. Dieses Gesetz wäre aus humanistischen Gründen abzulehnen. Es verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Kinderrechtskonvention. Die Forderung nach einem modernen, sich den Menschenrechten verpflichtenden Einwanderungsgesetz, das diesen Namen verdient, bleibt bestehen und sollte durch uns auch offensiv vertreten werden. Wie heißt es doch im Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Dies muß der Anspruch bleiben, für alle Menschen, egal welcher Herkunft. Und wir müssen aufpassen, dass dieses Thema nicht zum weiteren Schüren von Ressentiments gegenüber "ausländischen" Menschen im Bundestagswahlkampf genutzt wird.

*Roland Wanitschka*

## Antiterror II: Verschärfung des Sonderrechts für Flüchtlinge

Seit dem 11. September 2001 sind alle gefährlich. Nicht alle gleich, selbstredend: Einige sind gefährlicher. So sieht es das am 14.12.01 durch den Bundestag verabschiedete "Gesetz zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus", kurz: Anti-Terrorpaket II. Heribert Prantl, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, kommentiert: "Der Guerillero besetzt das Land, der Terrorist besetzt das Denken." Er beschreibt, dass es den Attentätern des 11. September gelungen ist, die Grundlagen dafür zu legen, dass die Träume der konservativsten Law&Order-Denker Umsetzung finden.

Die Sicherheitsgesetze 2001 gelten nicht, wie die Notstandsgesetze, für eine ungewisse Zukunft, sondern ab sofort und bedingungslos. Sie verändern das Recht. Es dient in weiten Bereichen nicht mehr nur zur Verfolgung begangener Straftaten oder zur Verhinderung einzelner krimineller Handlungen, sondern soll Frühwarnsystem bei der Erkennung weiter entfernter Risiken sein und als Ermittlungsfreibruf dienen. Dabei werden Mittel und Methoden angewandt, wie sie bisher nur gegen Verdächtige erlaubt waren. Insofern gefährdet der "Otto-Katalog" nicht nur die dürftige Freiheit derjenigen, die aufgrund sonderrechtlicher Bestimmungen von den "Deutschen-Vorrechten" ausgeschlossen sind, sondern alle in der BRD Lebenden. Aber ein deutsches Gesetz wäre ja keines, wenn es nicht AusländerInnen besonders massregelte.

Ins Ausländer- und Asylverfahrensgesetz wird die Erfassung biometrischer Merkmale aufgenommen. Zusätzlich zu den auch bei Deutschen erfassten biometrischen Merkmalen von Fingern, Händen oder Gesicht dürfen bei in Deutschland lebenden AusländerInnen und visumpflichtigen TouristInnen weitere nicht näher bestimmte Merkmale in verschlüsselter Form in das maschinenlesbare Ausweisdokument eingetragen werden, ohne dass der Bundesgesetzgeber diese billigen muss. Deutsche können Auskunft über den Inhalt der in ihren Papieren verschlüsselt eingetragenen biometrischen Daten erhalten, AusländerInnen nicht. Die erhobenen Daten müssen zur Verwendung bei Meldeämtern und Ausländerbehörden in Referenzdatenbanken erfasst werden. Langfristig wird mit einer Zentraldatei biometrischer Daten zu rechnen sein. Die in die Ausweispapiere eingebrachten Daten können mit den entsprechenden Lesegeräte nicht nur von Polizei und Bundesgrenzschutz, sondern jeder öffentlichen und privaten Stelle eingesehen, gespeichert und ausgewertet werden (§ 5 Abs. 7 AuslG). Die fehleranfällige biometrische Datenerhebung wird durch eine wissenschaftlich umstrittene Herkunftsidifizierung mittels Sprechproben ergänzt.

Auch das Ausweisungsrecht wird verschärft. Ausgewiesen werden soll u.a. künftig zwingend jede/r AusländerIn, der/die "die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährdet" oder Gewalt oder Terrorismus im internationalen Bereich befürwortet (§ 8 Abs. 1 Nr. 5 AuslG). Die Möglichkeiten, mittels Widerspruch und Klage die Rechtmäßigkeit solcher (und anderer) Ausweisungen überprüfen zu lassen, werden erheblich eingeschränkt. Der Paragraph ist für Ausländerbehörden und Botschaften eine Einladung zur Willkür. Sie ist vor allem abhängig vom politischen Standpunkt der BetrachterInnen. Wer gestern noch als TerroristIn galt, bekommt vielleicht bereits morgen den Friedensnobelpreis.

Hinzu kommen neue "Regelausweisungsgründe": "Eine Aufenthaltsgenehmigung soll in der Regel widerrufen und der Ausländer ausgewiesen und abgeschoben werden, wenn der Ausländer frühere Aufenthalte in Deutschland verheimlicht hat, oder frühere Aufenthalte in anderen Staaten verheimlicht hat, oder in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen macht, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind" (§ 47 Abs. 2 Nr. 5 AuslG).

Bei genannten Gründen und weiteren (z.B. Freiheitsstrafe von 3 Jahren, Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz, Landfriedensbruch und Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt), werden Ist- oder Regel-Ausweisung sofort vollzogen (§ 72 Abs. 1 AuslG). Widerspruch und Klage haben keine aufschiebende Wirkung mehr. Rechtsschutz ist nur noch unter den erheblich erschwerten Bedingungen des gerichtlichen Eilverfahrens möglich.

Abschiebungen sollen auch im laufenden Asylverfahren möglich sein. Das gesetzliche Verbot der Abschiebung politischer Verfolgter in einen Staat, in dem sein Leben oder seine Freiheit bedroht sind, soll abweichend von der GFK nicht mehr gelten, wenn "aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Ausländer ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke, die ausgearbeitet worden sind, um Bestimmungen bezüglich dieser Verbrechen zu treffen, begangen hat oder dass er vor seiner Aufnahme als Flüchtling ein sonstiges schweres nichtpolitisches Verbrechen außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland begangen hat oder sich hat Handlungen zuschulden kommen lassen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen" (§ 51 Abs 3 Satz 2 AuslG). Visumpflichtiger Ausländer und deren deutscher Kontaktpersonen werden künftig erfasst. Die Daten können an die Geheimdienste, das Landeskriminalamt und weitere Behörden weitergegeben werden (§ 64a AuslG / § 73 AufenthG).

Mit der Änderung des SGB X werden alle Sozialleistungsträger (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung, Kindergeldkassen, Sozial- und Arbeitsämter, Ämter für Ausbildungsförderung, Wohnungsämter und weitere Sozialleistungsträger) zur Weitergabe von Daten deutscher und ausländischer Menschen an Polizei und Staatsanwaltschaften verpflichtet, z.B. im Rahmen einer Rasterfahndung. Zu den Personendaten gehören Name, Anschrift, Geburtsdatum, Arbeitgeber, Aufenthaltsort, Einkommens Familienverhältnisse, Gesundheitszustand etc.

Die Zugriffsmöglichkeiten für Polizei, Bundesgrenzschutz, Zoll, Arbeitsämter, Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz des Bundes und der Länder auf die im Ausländerzentralregister gespeicherten Daten werden erheblich erleichtert und auf den gesamten Datenbestand des AZR erweitert - auch ohne konkrete Gefahr oder Verdacht (Änderung § 12 AZR).

Vereine von Ausländern sollen zukünftig leichter verboten werden können (§ 14 Vereinsgesetz neu). Die vage Regelung ermöglicht das Verbot nahezu jedes nicht vollkommen unpolitischen Vereins und die Überwachung durch Verfassungsschutzbehörden.

*Barbara Schäuble*

# Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen



## Die Region Suhl / Zella-Mehlis setzt ein Zeichen gegen Rassismus und Gewalt

In den vergangenen Wochen (wie auch schon in den letzten Jahren) kam es in Suhl und Zella-Mehlis immer wieder zu rechtsextremen Angriffen. Im Oktober letzten Jahres wurde - nicht lange nach Verurteilung der Täter, die im März einen hier lebenden Libanesen überfallen hatten - in Suhl-Nord ein 42-jähriger Vietnameser abends brutal zusammengeschlagen. Später wurden immer wieder Jugendliche auf offener Straße angepöbelt und angegriffen. Wohnungen von Menschen, die sich antirassistisch betätigen, wurden gezielt durch Rechtsextreme aufgesucht, zum Teil Türen eingetreten und die Bewohnerinnen und Bewohner bedroht. Zuletzt wurde ein 19-jähriger Jugendlicher - weil er zufällig einer Zusammenrottung von Rechten begegnete - ein Opfer sinnloser und brutaler Gewalt.

Die Region Suhl / Zella-Mehlis liegt im Fokus rechter Strukturen. Hier soll Präsenz gezeigt und versucht werden, eine Zone der Angst und der Dominanz rechten Gedankengutes zu etablieren. Die Organisationen, die dabei in Erscheinung treten, nennen sich „Jungsturm“, „Kameradschaft Rennsteig“, „Nationales und soziales Aktionsbündnis“ oder „Junge Nationale“. Alternative Jugendtreffs sind in den Augen dieser Gruppierungen ebenso unerwünscht, wie hier lebende Ausländerinnen und Ausländer, Menschen mit Behinderungen, junge Linke und Menschen, die sich gegen Rassismus und faschistische Gewalt engagieren.

**Schweigen** und Wegsehen geben den Tätern das Gefühl, in ihren Handlungen geduldet zu werden oder sogar im Sinne der Mehrheit zu handeln. Und nicht selten führten in den vergangenen Wochen immer wieder zu verzeichnende Angriffe, zu einer Spirale der Gewalt, aus der auch heute keinen Ausweg mehr sieht.

Die Mehrheit der Menschen, die in Suhl und Zella-Mehlis leben, wollen Rassismus und rechte Gewalt nicht! Nicht in Suhl, nicht in Zella-Mehlis und nirgendwo sonst! Deshalb sagt Suhl NEIN! Zu Rassismus und rechter Gewalt.

Ein Bündnis aus Betroffenen rechter Gewalt mit Unterstützung Suhler Vereine, Verbände und Personen des öffentlichen Lebens sowie von ABAD und von MOBIT e.V. ruft deshalb dazu auf, am **Sonntag, dem 26. Mai 2002**, mit einer Demonstration ein Zeichen gegen Ausgrenzung und

Dummheit und für eine Region, in der sich jede und jeder frei und ohne Angst bewegen kann, zu setzen.

**Für** Weltoffenheit und Toleranz! Lassen wir es nicht zu, dass rechtsextreme Gewalttäterinnen und Gewalttäter der Bevölkerung unserer Städte Intoleranz, Ausgrenzung und rassistisches Verhalten diktieren! Zeigen wir gemeinsam, dass die Mehrheit hier es nicht duldet, wenn Menschen aus rassistischen Motiven zusammengeschlagen werden, wenn Menschen sich nachts aus Angst vor Pöbeleien und Angriffen nicht mehr aus dem Haus trauen!

**Beteiligen** auch Sie sich an unserer Demonstration! Zeigen sie Courage über Parteigrenzen, Weltanschauungen und Lebenszusammenhänge hinaus! Widerstand ist machbar - für ein solidarisches Miteinander! Unterstützen Sie unsere Aktion und fordern Sie Bekannte, Kolleginnen und Kollegen, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner auf, mit ihnen gemeinsam aktiv zu werden, für eine bunte Stadt!

**Aufruferinnen und Aufrufer:** Betroffene von rechtsextremem Gewalt aus Suhl und Zella-Mehlis, unterstützt durch das Bündnis „Zeichen setzen – gegen Rassismus und rechte Gewalt!“

**Unterstützerinnen und Unterstützer:** Stadtjugendring Suhl e.V., Projekt ABAD, MOBIT e.V., Angelo Lucifero – stellv. Landesleiter Gewerkschaft ver.di Thüringen, H.-J. Peters – Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

**Die Aktion:** 26.05.2002, 12:00 Uhr Friedensgebet (Bahnhof Suhl), ab 12:30 Uhr Demonstration mit Zwischenkundgebung auf dem Markt, 15:00 Uhr Abschlusskundgebung vor dem Bahnhof Suhl

Mario Braun



In dieser Ausgabe des Flüchtlingsrat Info Thüringen gibt ABAD einen kleinen Ein- und Ausblick über aktuelle Themen unserer Arbeit.

Anstehende Termine:

- 25.05.02 Demonstration in Suhl „Zeichen setzen – gegen Rassismus und rechte Gewalt“
- 12.06.-14.06.02 Weiterbildung in Friedrichswalde zum Thema „Praxisauswertung der Opferberatungsstellen“

### Telefonische Notfallberatung für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Bedrohungen

Am 18.04. 2002 ging zum ersten Mal unsere telefonische Notfallberatung auf Leitung. Dieses Angebot richtet sich an alle Betroffenen von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Bedrohungen.

Damit Betroffene auch in den Abendstunden sowie an Wochenenden Hilfe erfahren können, steht nun in dem Zeitraum von 09.00 Uhr morgens bis 01.00 Uhr nachts täglich dieses Angebot zur Verfügung.

Die telefonische Notfallberatung erteilen hauptamtliche MitarbeiterInnen von ABAD und MoBit sowie zahlreiche ehrenamtliche UnterstützerInnen.

Sie wollen gemeinsam Betroffenen nach einem Übergriff ermöglichen, Hilfe schnell in Anspruch nehmen zu können. Die Beratung konzentriert sich dabei auf die individuelle Situation des Betroffenen und was dieser nach einem Angriff für Handlungsmöglichkeiten besitzt.

Die telefonische Notfallberatung für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Bedrohungen ist unter folgender kostenloser Nummer zu erreichen:

**Telefon: 0800 - 217 27 23**

Unter dem Motto „Rassistischer Alltag – schau hin“ stand eine Aktion von ABAD und dem Flüchtlingsrat Thüringer zum Internationalen Tag gegen Rassismus auf dem Anger in Erfurt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an dem Spiel „Mensch ärgere dich nicht – Mensch tu was“.

# Das Problem ist das Gesetz

**E. Williams ist 28 Jahre alt und wuchs in Zentralafrika auf. Er lebt seit 1 ½ Jahren in einer Asylunterkunft in Gehren, einem kleinen Dorf bei Ilmenau.**

**Anfang Februar diesen Jahres wurde Williams gemeinsam mit zwei Bekannten von einer Gruppe Nazis in Ilmenau beschimpft und angegriffen. Die Asylbewerber wehrten sich gegen die Täter, wodurch diese Verletzungen erlitten. Williams war an Armen und Brustkorb ebenfalls verletzt.**

**Gegen Williams und einen Freund wird wegen „Gefährlicher Körperverletzung“ ermittelt. Williams versuchte gegen die Angreifer eine Strafanzeige zu stellen, die von der örtlichen Polizeidienststelle zunächst nicht entgegen genommen wurde. Eine Vorladung erhielt er als Angeklagter, nicht aber als Zeuge. Nachdem die Zeitungen zuerst überraschend über den Angriff berichteten, nämlich dahingehend, dass sich die Angegriffenen zur Wehr setzten, veränderte sich der Stil schnell: nach zwei Tagen waren die Asylbewerber diejenigen, die den Angriff starteten und die (schon einmal moralisch) zu verurteilen seien. Wir nahmen diesen Angriff zum Anlass, mit William ein Gespräch über seine alltägliche Situation und alltägliche Rassismen, denen er ausgesetzt ist, zu führen.**

*N: Damit sich die Menschen ein Bild von Deinem Leben machen können, beschreibe doch bitte kurz wie ein Tagesablauf so von Dir aussieht!*

W: Mein Alltagsleben ist dasselbe jeden Tag. Ich stehe auf, esse, nichts. Ich lebe in Gehren, das ist eine kleine Stadt. Du lebst jeden Tag dieselbe Art von Leben, da gibt es nichts zu erzählen. Ein beschissenes Leben.

*N: Du kannst nichts hier machen? Es gibt keine Abwechslung?*

W: Es macht keinen Spass, hier zu leben, keinerlei Abwechslung. Ich wache auf und erlebe jeden Tag die gleichen Szenen. Es ist ungerecht, ein Tag ist wie der andere.

*N: Wie ist das Verhältnis zu den Bewohnern in Gehren? Bestehen Konflikte zwischen Asylbewerbern und den Anwohnern? Gibt es manchmal unbegründete Beschwerden seitens der Dorfbewohner?*

W: Nein. Die Menschen in Gehren tolerieren uns. Sie machen keine Probleme. Vielleicht einige Jungen, wahrscheinlich Einwohner hier. Ich gehe zur Post, um zu telefonieren und einige Jungen, die dort herumhängen, machen Probleme. Oder – mein Freund und ich kommen von einer Kneipe und einige Jungen sagen ‚Ausländer, geh nach Hause. Geh zurück in dein Land!‘ So etwas passiert, aber keine großen Probleme. Es sind normale Bürger, sie haben keine Probleme mit uns.

*N: Hast Du Freunde hier in Gehren?*

W: Freunde? Ich? Nein, sie sind nicht schrecklich, sie lassen uns einfach in Ruhe.

Sie schließen keine Freundschaften. Es ist ein kleiner Ort hier und da gibt es keine Möglichkeit, Freunde zu finden.

*N: Was glaubst Du, worauf das distanzierte Verhalten der Bewohner von Gehren begründet ist?*

W: Sie sind nicht so zugänglich. Sie leben immer noch in dörflichen Strukturen, sie leben nicht wie die Ausländer hier. (...)

*R: Hast Du Kontakt mit deutschen Menschen?*

W: Ja, ich habe einige Freunde, nicht hier, aber in anderen Orten. Ich kann dort mit Menschen reden, sie sind freundlicher, normale Menschen. Die Menschen hier gehen nie aus, wissen nicht, was um sie herum passiert. Aber sie sind okay.

*N: Wie reagierst Du auf solch reserviertes Verhalten und Vorurteile? Hast Du schon mal versucht Vorurteile abzubauen?*

W: Die Menschen haben keine Probleme mit uns. Das Ausländergesetz, das ist das Problem, nicht die Menschen. Die Menschen leben eben ihr tägliches Leben. Sie ängstigen dich nicht. Aber das Gesetz macht uns dazu, wie ein Niemand dazustehen. (...)

*R: Das Ausländergesetz ist also das größte Problem in deinem Leben?*

W: In meinem Leben ist gerade das Gesetz das Problem. Wenn sie uns etwas Freiheit ließen, wenn sie dich menschlich behandeln würden. Wenn Du frei an einem Ort lebst, dann erst kannst du darüber nachdenken, was du machen kannst. Aber hier ist es wie ein Gefängnis für mich. Und wenn du dann ausgehst, dann bekommst du solch einen Brief, wie ich ihn heute bekommen habe. 400 Euro, weil ich zu einer anderen Stadt gefahren bin. Das ist die Art des Gesetzes. Sie frustrieren uns mit diesen Gesetzen.

*R: Welches Gesetz ist für dich zur Zeit am schlimmsten? Ist es die Residenzpflicht, ist es die Zuweisung in ein AsylbewerberInnenheim wie dieses oder was ist es?*

W: Das erste Problem ist die Residenzpflicht. Ich denke, niemand würde gerne so leben. Jeder möchte wie ein menschliches Wesen leben .... Ich persönlich möchte so nicht leben, wenn ich hier frei wäre und mich frei bewegen könnte, dann wäre es schon okay.

*N: Welche Erfahrungen mußt Du schon mit Rassismus in Deutschland machen? Schildere uns doch, welche Bedingungen hier für Dich herrschen!*

W: Ich hatte schon vielfältige Erfahrungen. Aber es ist nicht so schlimm. Vielleicht fährt mal jemand mit dem Auto vorbei und schreit ‚Nigger‘ oder so etwas aus dem Fenster. Meine Haupteinfahrung mit Rassismus war die Geschichte in Ilmenau, als meine Freunde und ich vor Nazis standen. Sie haben uns angegriffen. Später dann bekam ich einen Brief der Polizei als Angeklagter. Sie luden uns als Angeklagte wegen Körperverletzung vor. Aber diese Leute hatten uns angegriffen und

verletzt. Das Gesetz ist das Problem, nicht die Leute. In erster Linie das Gesetz. Sie plädieren auf Schuld, ganz egal, ob du wirklich schuldig bist.

*N: Welche Erfahrungen hast Du mit verstecktem Rassismus gemacht?*

W: Ich kümmere mich nicht darum. ... Wenn sich jemand so verhält, dann denke ich, er ist ein bisschen doof, nicht intelligent. Manchmal will ich jemanden etwas fragen, junge Menschen, sie geben keine Antwort. Frage Menschen nach etwas, einige antworten, andere nicht. Ich kümmere mich nicht darum.

*N.: Welche Diskriminierungen empfindest Du schlimmer, von behördlicher Seite oder Angriffe/Pöbeleien auf der Straße?*

W: Ja (lacht). Für mich persönlich die Diskriminierungen auf der Straße. Mich interessiert das Gesetz, aber ich denke sie haben kein Recht sich so zu verhalten, dass sie ihren Hass gegen uns richten. Warum können die Menschen auf der Straße das einfach machen? Weil sie das Recht dazu haben, jenes Gesetz, was wir nicht haben. Wir haben hier keine Rechte, weißt du. Deswegen können sie das einfach gegen uns tun. Wenn sie vor Gericht kommen oder ähnlichem, so verhalten sie sich trotzdem weiter so. Das Gesetz macht die Menschen aggressiv, weil sie ihre eigenen Gesetze besitzen. Sie schauen sich um und alles was sie sehen ist: Sie schlagen die Nigger. Sie müssen sich weiter so verhalten, weil für sie daraus keine Konsequenzen entstehen. Vielleicht wenn sie wissen, dass ich die gleichen Rechte wie sie besitze, vielleicht wenn ich frei bin, dann können sie mir das nicht mehr antun. Wenn ich die gleichen Rechte habe wie du, dann können sie mich nicht mehr angreifen. Die Skins denken zuerst an uns Ausländer. Sie müssen das akzeptieren. Das ist für mich das, was ich denke.

*N: Was denkst Du über den institutionalen Rassismus, der von Behörden ausgeht, wie z.Bsp. der Ausländerbehörde?*

W: Ich habe nie Erfahrungen mit Rassismus seitens der Ausländerbehörde gemacht. (Pause; überlegt) Einmal wollte ich den Führerschein machen. Einmal wollte ich ein Bankkonto eröffnen. Sie haben mir nicht erlaubt, eins zu eröffnen. Sie haben mir nie erlaubt, den Führerschein zu machen. Ich fühle mich deswegen nicht großartig. Ich fühle mich nicht o.k.. Das ist normal. Man wird verrückt, wirklich.

*N: Wie ist Dein Verhältnis zum Heimpersonal? Kannst Du dich bei Problemen an es wenden?*

W: Ich habe keinen Kontakt zu ihnen.

*N: Wie ist Dein Vertrauen in die Polizei? Fühlst Du Dich ausreichend von ihr beschützt? Konntest Du bei Angriffen oder Diskriminierungen Unterstützung erfahren?*

W: Für mich ist die Polizei das selbe wie jedes andere Druck ausübende Organ. Also ich vertraue der Polizei nicht. Die Erfahrung, die ich mit ihnen wegen des Angriffs gemacht habe, lassen mich ihnen kein Vertrauen schenken.

Mein Freund und ich wurden geschlagen, aber sie haben uns verhaftet. Später bekam ich von ihnen einen Brief. Ich wurde angeklagt wegen „Gefährlicher Körperverletzung“. Sie arbeiten für die Menschen, nicht für Ausländer. Aber sie arbeiten gut bezüglich Krimineller. Sie fragen uns immer „Ausweis!“ . Immer wenn sie schwarze Menschen sehen „Ausweis!“ Oder sie schauen, ob du ein Straftäter bist. Warum sind sie so interessiert daran, uns immer nach Ausweisen zu fragen? Ich denke, dass ist nicht fair. Alle die schwarz sind, die wollen sie immer nach Ausweisen fragen. Egal, ob du gerade in den Zug einsteigen willst. Vielleicht ist das so wegen dem Gesetz, das sie hier haben. Wenn du am Bahnhof stehst, da gibt es so viele Menschen, aber sie kommen zu dir und fragen dich nach dem Ausweis. Das ist nicht fair. Gebt uns einige liberale Rechte, wo wir uns frei bewegen können. Laßt uns einfach leben. Leben leben. Ich bin jung und ich kam im Alter von 26/27 Jahren hier her. Ich lebe seit mehr als 1 ½ Jahren in Deutschland und verschwendete diesen Teil meines Lebens. Das ist wichtig. Ich habe ein langweiliges Leben. Es ist so langweilig, nichts passiert hier. Vielleicht bin ich eines Tages 50 Jahre und nichts. Viele Menschen leben hier.

Sie würden gerne von hier weggehen. Niemand fühlt sich hier großartig. Ich lebe hier schon seit längerer Zeit und ich sehe: Ich bleibe, ich bleibe, ich bleibe. Vielleicht werde ich verrückt. Ich will hier nicht bleiben. Kein freundliches Gesetz. Viele Menschen möchten von hier weggehen, aber sie haben keine Chance zu gehen. Viele Menschen hier, viele Ausländer wollen in andere Länder gehen. Viele Menschen wollen zurück nach Afrika. Du verstehst, sie können nicht mit ihrem grünen Ausweis (Aufenthalts gestattung) gehen. Ich wünschte, sie würden uns einen Pass geben, mit dem wir uns frei bewegen können. Vielleicht gehe ich nach Amerika. Wenn ich die Wahl hätte, würde ich gehen. Diejenigen, die dorthin gingen, die leben gut.

*R: Ist das dein Wunsch für die Zukunft?*

W: Herumzureisen, wegzugehen. Wenn ich so weiter lebe... . Ich will was anderes versuchen. Ich kann so nicht für immer leben.

*N: Hast Du noch weitere Wünsche?*

W: Ich habe viele Wünsche. Ich wünsche mir, im Lotto zu gewinnen. Ich möchte gut leben. Vielleicht möchte ich Kinder. Aber zuerst brauche ich eine Frau, eine gute Frau, die ich heiraten kann. Schwarz oder weiß, darauf achte ich nicht. Eine die hübsch ist und die ich mag. Hier, keine Chance! Ich bin hier im Gefängnis, wirklich. Mein Traum. Ich muß weiter träumen. Ich muß tagträumen, weil ich so nicht mehr leben will. Vielleicht wenn ich das Baby habe, möchte ich wie ein Mensch leben und Spaß haben. Jemanden haben, um den ich mich kümmern kann. Das ist, warum ich träume. Das ist, was ich mir selbst wünsche.

*N: Bevor wir das Interview abschließen, möchtest du vielleicht etwas ergänzen, was dir wichtig ist?*

W: Ich wünsche jedem Ausländer Frieden. Vielleicht, dass ihnen allen erlaubt wird hier zu bleiben. Das jeder schwarze Mann, der möchte, in seine Heimat könnte, Deutschland verlassen könnte. Sie mögen Amerika. Amerika mag schwarze Menschen. Gebt uns vielleicht ein bißchen Respekt. Vielleicht machen wir hier eines Tages ein Amerika, wirklich.

*N: Danke für das Interview.*

*Das Interview führten Nicole (Uni Erfurt) und Rahel (ABAD). Es wurde in Englisch gehalten und anschließend übersetzt.*

## **G**reiz behält seinen Titel:

### **Beratung von ABAD in GU abgelehnt**

Im Januar 2002 gibt es in Gera einen Überfall von Rechtsextremen (Überfall am 23.02.02 in Gera, s. Presse), gegenüber zwei irakischen Flüchtlingen. Über die Polizei Gera erfahren wir, dass sie in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Markersdorf leben. Am 01.02.02 suchen wir sie dort auf, um sie zu beraten. Am Eingang werden wir vom Sicherheitsdienst zu den Sozialarbeitern der Unterkunft geschickt, da alle offiziellen Besuche der Unterkunft sich dort erst melden müssen.

Die Sozialarbeiter setzen sich nach einer kurzen Information über uns mit dem Sozialamtsleiter des Landratsamtes Greiz telefonisch in Verbindung. Wir sprechen am Telefon ebenfalls mit Herrn A. vom Sozialamt. Wir stellen ABAD kurz vor und erwähnen ebenfalls, wie vorher schon gegenüber den Sozialarbeitern, dass ABAD ein Projekt vom Flüchtlingsrat Thüringen ist, was aus dem Bundesprogramm CIVITAS finanziert ist. Betont wird von uns dabei, dass wir eine Aufgabe haben, die von der Bundesregierung gewollt und darum von hier über das Bundesministerium für Familie, Soziales und Jugend als ein förderungswürdiges Projekt mit installiert wurde, wie viele weitere in den neuen Bundesländern.

Nach etwa einer Stunde mit viel Hin und Her, denn auch Herr A. muss sich im Amt an höherer Stelle vergewissern, ob wir unsere Beratungstätigkeit in der GU nachgehen dürfen, wird es erlaubt. Die Betroffenen werden von der Heimleiterin ins Büro geholt und in Anwesenheit einer der Sozialarbeiterinnen wird es uns möglich, die Betroffenen zu beraten. Eine Beratung unter „Aufsicht“ ist keine Beratung, darum geben wir die wichtigsten Informationen, wer wir sind und was wir wollen weiter und vereinbaren einen weiteren Termin.

Diesen Termin spreche ich mit den Sozialarbeiterinnen der GU ab und sie leiten ihn sofort weiter an das Sozialamt in Greiz. Am Montag darauf kommt ein Anruf von dort zu uns ins Büro mit der Nachricht, ABAD darf generell vorerst keine Beratung in der GU Markersdorf machen. Wir betonen auch bei diesem Telefonat, dass wir damit nicht einverstanden sind und uns genau informieren werden, welches Recht das Landratsamt Greiz hat, uns die Beratung dort zu verbieten, zumal unsere Aufgabe insbesondere Flüchtlinge betrifft, die überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften leben.

Am 07.02.02, beim zweiten Besuch in der GU Markersdorf zur Beratung der betroffenen irakischen Flüchtlinge, den wir als ABAD - Mitarbeiterinnen dem Sozialamt Greiz gemeldet haben, werden wir am Eingang der GU vom Sicherheitsdienst gar nicht rein gelassen! Anordnung vom Landratsamt Greiz!

Wie weit dies gleichzeitig ein generelles Hausverbot ist, bekamen wir beim Sicherheitsdienst der GU nicht heraus. Diese Frage stellten wir aber dem Landratsamt Greiz nach diesen Besuch. Hier war allerdings tagelang kein Verantwortlicher zu erreichen. Die Landrätin war krank, der Vertreter Herr K. war ständig in Besprechungen oder außer Haus. Nach einigen Tagen vergeblicher Anrufe unsererseits wurde ich mit Frau D. als Zuständiger verbunden. Sie versprach mir, ein Fax zu schicken, weil wir eine schriftliche Mitteilung zum Beratungsverbot in der GU Markersdorf angefordert hatten. Das Fax kam nicht und als wir 14 Tage später uns danach erkundigten, soll es per Post an uns gegangen sein.

Mittlerweile bekamen wir das Schreiben und ein klares Verbot wird darin nicht ausgesprochen, es wird der Vorwurf erhoben, dass wir uns als Mitarbeiterinnen des Ministeriums für Soziales ausgegeben hätten, und angeregt, die Beratung besser auf "neutralen Boden" abzuhalten, aber dabei zu bedenken sei, dass den "Asylbewerbern des Landkreises Greiz der Aufenthalt in Gera nicht gestattet ist". Wenn das nicht schlichtweg ein Verbot durch die Hintertür ist!

Zur Zeit planen wir eine Kampagne zum Flüchtlingsheim Markersdorf, da die Zustände von den dort lebenden Flüchtlingen als immer unerträglicher beschrieben werden. Wir werden darüber ausführlich berichten.

*Christel Wagner-Schurwanz*

# Polizei setzt Umverteilung mit Gewalt durch

Am 13. Februar 2002 wurde Constance E. – Asylbewerberin aus Kamerun – zwangsweise aus der Erstaufnahmeeinrichtung Jena/Forst in das Asylheim Gera umverteilt. Dabei kam es nach Aussagen von Constance E. und mehreren Zeuginnen und Zeugen zu Beschimpfungen und massiver Gewaltanwendung seitens der herbeigerufenen Polizeibeamten. In Pressemitteilungen protestierten der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. und die Flüchtlings-selbstorganisation The Voice Africa Forum/Jena scharf gegen das Vorgehen von Verwaltungsbehörden und Polizei.

## Was war passiert?

Constance E. erhielt am 11. Februar ihren obligatorischen Zuweisungsbescheid. Nach einem 6- bis 12-wöchigen Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung müssen Asylbewerber nach §53 AsylVfG „in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften“ untergebracht werden. Zwar sollen auch „die Belange des Ausländers“ berücksichtigt werden, doch der Fall von Constance zeigt exemplarisch, welchen Stellenwert diese Passage im behördlichen Handeln hat. Dabei ist vorauszusetzen, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber ohnehin die im Grundgesetz für „Deutsche“ festgeschriebene Freizügigkeit verwehrt wird – sie somit zu Menschen zweiter Klasse, Ausgegrenzten, werden.

## Angst vor rassistischen Übergriffen wurde ignoriert

Da Constance über die Situation in Gera wenig gutes gehört hatte, fuhr sie am nächsten Tag dorthin, um sich mit anderen Asylbewerbern zu unterhalten. Diese berichteten ihr von der aktiven rechten Szene in Gera. So dominieren kurzhaarige Jugendliche in Bomberjacken das Geraer Stadtbild. Außerdem finden sich organisierte Neonazi-Strukturen, wie ein NPD-Kreisverband oder die militante „Kameradschaft Gera“. Erst im Januar kam es zu einem Angriff auf zwei irakische Flüchtlinge. Außerdem erfuhr Constance, dass in Gera kaum afrikanische Migrantinnen leben. Dieses Wissen machte Constance große Angst! Sie bat daher die Heimleitung in Jena/Forst, ihre Umverteilung in eine andere Stadt in Thüringen zu ermöglichen. Hier stieß sie allerdings auf taube Ohren. Am 13. Februar wurde daher, als Constance sich weigerte, den Transfer nach Gera anzutreten, die Polizei herbeigeholt, die Constance zunächst versuchte, in den Transferbus zu zerrren. Als dies

scheiterte, wurde Constance in einen Streifenwagen gezwungen und nach Gera verschafft. Dabei kam es laut Constances Aussagen nicht nur zu Beschimpfungen durch die Beamten, sondern auch zu massiver Gewaltanwendung.

Unklar ist, wieso die Heimleitung, anstatt auf die Probleme, die für Constance aus der Umverteilung resultierten, zu reagieren, zum repressivsten aller vorstellbaren Mittel griff, nämlich der Polizei. Hier wird eine Sicht auf Probleme von Asylsuchenden deutlich, welche die oben beschriebenen Ausgrenzungsphänomene noch verstärken. Eine Verantwortung für die in ihrem „Wirkungsbereich“ sich aufhaltenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber liegt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Forst fern. Über die Folgen ihrer Ignoranz müssen sie sich keine Gedanken machen – sie können die EAE schließlich nach Feierabend verlassen...

## Asylsuchende ernst nehmen!

Was hätte man also zumindest erwarten können? Dass eine Heimleitung, inklusive der angestellten Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes sensibel auf die Äußerungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerber reagieren. Schließlich ist allgemein bekannt, dass in Thüringen fast wöchentlich Neonaziaufmärsche stattfinden (nicht zuletzt immer wieder in Jena selbst, wo die NPD-Jugend „selbstverwaltete“ Räume fordert) – Bedrohung also existiert. Ebenso bekannt ist, dass sich immer wieder gewalttätige Angriffe auf Migrantinnen und Migranten in Thüringen ereignen (auch hier machte Jena erst kürzlich Schlagzeilen – zwei Gastprofessoren wurden angegriffen). Die Ignoranz, mit der auf die Angst vor rassistischen Angriffen reagiert wird, ist der erste Schritt zur Entsolidarisierung. Den potentiell Betroffenen wird nicht geglaubt, ihnen wird Übertreibung vorgeworfen, sie werden als Lügnerinnen und Lügner und eigentlichen Problemverursachern abgestempelt. Vom manifesten Rassismus muss nicht mehr gesprochen werden.

Neonazis und andere Rassistinnen und Rassisten können sich dagegen sicher sein, dass sie die richtigen treffen. Rechtlose und Ausgegrenzte nämlich, deren Aufenthalt in der BRD von weiten Teilen der Bevölkerung als unbequem und problematisch angesehen wird. Wehrt sich schließ-

lich eine Asylbewerberin gegen diese „Behandlung“ – wie es Constance getan hat – muss sie mit Unverständnis und Repression rechnen. Dies führte unter anderem dazu, dass gegen Constance, nachdem sie das brutale Vorgehen der Polizei öffentlich machte, Anzeige erstattet wurde – wegen Verleumdung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Somit soll jeder Kritik das Wasser abgegraben werden.

## Trotz allem – Solidarität!

Trotzdem fand Constance Unterstützerinnen und Unterstützer. Gemeinsam wurde und wird überlegt, wie auf das brutale Vorgehen von Polizei und die Ignoranz der Behörden reagiert werden kann. Am 14. Februar fand eine Demonstration durch Jena statt, auf der etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Solidarität bekundeten. Constance berichtete von ihren Erlebnissen, der Thüringer Flüchtlingsrat und die Vorsitzende des Ausländerbeirates von Jena forderten in Redebeiträgen eine Untersuchung der Vorfälle in Jena/Forst. Die anwesenden Bewohnerinnen und Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung gingen einen Schritt weiter. Sie forderten die Schließung der EAE, da die Isolation in der 6 km außerhalb von Jena im Wald gelegenen Einrichtung ein wesentlicher Bestandteil rassistischer Diskriminierung sei.

## Was nun tun?

Wegen der Anzeigen durch die Polizei erwartet Constance einen Prozess. Für diesen sammeln wir schon jetzt Geld, um Rechtsanwaltskosten zu begleichen. Daher bitten wir um Spenden auf das untenstehende Konto.

*Marcel Müller*

ABAD Büro Gera  
Postfach 16 54, 07506 Gera  
Telefon 0365-5518611, -12  
Fax 0365-5518613  
Mail abad-gera@t-online.de

ABAD Büro Erfurt  
Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt  
Telefon 0365-2172724, -23  
Fax 0365-2172727  
Mail abad-ef@gmx.de

Internet www.abad-th.de

## „EQUAL“ – Weiterbildungsmöglichkeiten für Asylbewerber/innen in Thüringen

Die Europäische Union stellt im Rahmen ihrer „Gemeinschaftsinitiative Equal“ Gelder für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Asylbewerber/innen bereit. Wenn jetzt auch Deutschland seinen Teil zur Finanzierung der Projekte zusagt, können bundesweit neun Qualifizierungsmaßnahmen für Asylbewerber/innen und Menschen, die mit Flüchtlingen arbeiten, starten – eine davon in Thüringen.

Bei der „Gemeinschaftsinitiative Equal“ der Europäischen Union (EU) handelt es sich um ein groß angelegtes Programm zur Verhinderung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Beseitigung von Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Neben der Förderung von Unternehmertum oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.a. steht auch die Unterstützung von Asylbewerber/innen als ein Schwerpunkt mit im Programm. So besteht endlich in Deutschland die Möglichkeit, mit staatlicher Förderung die Integration von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt ein Stück weit voran zu bringen.

Theoretisch zumindest. Bis zur konkreten Umsetzung ist es noch ein weiter Weg. Wenn auch der Thüringer Projektantrag im Rahmen von Equal (gestellt vom DGB-Bildungswerk Thüringen, dem Flüchtlingsrat Thüringen und der Gesellschaft zur Förderung von Innovation und Arbeitsorientierter Bildung mbH Erfurt) für eine erste Einstiegsphase bewilligt wurde, geht es derzeit darum, den tatsächlichen Start des Projektes zu sichern. Dazu sind neben einer Reihe bürokratischer Hindernisse zwei zentrale Fragen zu klären: Teilnehmende müssen für die Dauer des Projektes eine Arbeitsgenehmigung erhalten und von der diskriminierenden Vorrangprüfung des Arbeitsamtes (d.h. Vortritt für Deutsche und EU-Bürger/innen) ausgenommen werden. Zum anderen wird das Projekt nicht zu 100 Prozent von der EU gefördert. Einen Teil der Finanzierung (25%) muss von Deutschland gewährleistet werden. Ende Mai 2002 wird sich entscheiden, ob das Thüringer Weiterbildungsprojekt für Asylbewerber/innen mit dem etwas sperrigen Titel „Berufliche Qualifizierung

von Flüchtlingen in Regelmaßnahmen“ tatsächlich beginnen kann.

Wenn dem so ist, wird es pro Jahr für 16 Asylbewerber/innen des Arbeitsamtsbezirkes Erfurt folgendes Angebot geben:

- einen dreimonatigen Intensivsprachkurs,
- einen dreimonatigen Aufbaukurs entsprechend der eigenen Bedürfnisse (z.B. Computerkenntnisse etc.),
- einen sechsmonatigen Qualifizierungskurs in einer gewünschten Berufsrichtung (z.B. gewerbliche, kaufmännische Weiterbildung etc.).

Darüber hinaus soll anderen Asylbewerber/innen eine weitere Anlaufstelle für Fragen und Beratung in Erfurt eröffnet werden. Außerdem können Seminare und Workshops zur interkulturellen Arbeit veranstaltet und öffentliche Diskussionsforen zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland geschaffen werden.

Mit dem Projekt wollen wir folgendes erreichen:

- den Aufbau eines Netzwerkes zur berufsbezogenen Unterstützung von Asylbewerber/innen in Thüringen,
- die Entwicklung eines Weiterbildungsmodells, das die spezifischen Bedürfnisse von Asylbewerber/innen berücksichtigt,
- die dauerhafte Beseitigung von Diskriminierungen von Asylbewerber/innen auf dem Arbeitsmarkt (einjähriges Arbeitsverbot, Vorrangprüfung etc.).

Das Interesse von Asylbewerber/innen an diesem Projekt ist groß: In einer ersten Befragung von 118 Personen aus diesem Kreis hat sich gezeigt, dass

- alle Interesse an einer Weiterbildung haben,
- 72% im Heimatland gearbeitet, aber nur 5% in Deutschland einen Job haben,
- 73% acht und mehr Jahre zur Schule gegangen sind, 46% eine Berufsausbildung oder studiert haben.

Für viele von ihnen wäre Equal eine berufliche Chance!

## Juli 2002: Grenzcamp ohne Grenze(n) in Jena

Vom 12.07.2002 bis zum 19.07.2002 soll in Jena das 5. antirassistische Grenzcamp stattfinden. Nach einer Camp-tour durch Rothenburg, Zittau, Forst und Frankfurt/Main landet das bunte antirassistische Sommerevent nun in Thüringen. In den vergangenen Jahren stand Grenzcampen für ein breites Spektrum antirassistischer Aktivitäten vom Besetzen eines Terminals des Frankfurter Flughafens, der Blockade eines BGS-Stützpunktes, dem täglichen Unterhöhlen einer BGS-Zufahrt und Großdemos, sowie Kleinaktionen, Gutscheinumtausch und Konferenzen. Diskussionen über das Für und Wider jeglicher Formen antirassistischer Politik und deren praktisches Erproben gehörten immer dazu. Auch andere wichtige Themen kamen auf die Tagesordnung: Diskutiert wurden Einwanderungsgesetz und Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen ebenso wie Aktivitäten gegen Antisemitismus. Zur Grenzcampkultur gehört Störung und Provokation ebenso wie Aufklärung, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. In diesem Jahr soll das Camp in Thüringen stattfinden, weil das Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit mit The Voice und anderen Flüchtlingsorganisationen von Seiten der deutschen AktivistInnen groß ist, vor allem aber weil The Voice veränderte und stärkere Zusammenarbeit bzw. Unterstützung einklagt. Darüber wird zur Zeit intensiv diskutiert und gestritten. Wie kann eine Zusammenarbeit aussehen, die Unterschiede reflektiert und bemüht ist, unterschiedliche Möglichkeiten, die aus dem Status Deutsche-Flüchtlinge resultieren, auszugleichen, ohne reiner Support zu sein? Diese und andere Fragen werden vermutlich das fünftägige Grenzcamp in Jena begleiten. Daneben soll es um Globalisierung, Kapitalismus, Residenzpflicht, isolierte Heimunterbringung, Green Cards und die Geschichte von Rassismus gehen. Bei seiner Vorstandssitzung im Januar hat der Thüringer Flüchtlingsrat beschlossen, sich mit einer eigenen Aktion am Grenzcamp zu beteiligen. In einer ersten Planungsphase ist derzeit eine Tagesveranstaltung, die sich bemüht zu begründen, warum ein G R E N Z-Camp in Thüringen stattfindet. Hier soll die These vertreten werden, dass mit der Quasivorverlagerung der Grenzabschottung und der deutschen Aktivitäten für internationale Aktionspläne zur Fluchtverhinderung die relevanten Grenzen bereits weit vor den Landesgrenzen der BRD beginnen, sie sich jedoch mit Ausweiskontrollen, innerer Einschließung in isolierte Heime, sozialem Ausschluss durch Asylbewerberleistungsgesetz und Sondererfassung weit ins Landesinnere fortsetzen. Spätestens Mitte Juni sollen diese Planungen veröffentlichungsreif sein und auf der Webseite des Flüchtlingsrats angekündigt werden. Die aktuellen Thüringer Vorbereitungsstreffen für das Grenzcamp können bei The Voice (03641-665214), im Erfurter Infoladen (0361-2118712) sowie im Jenaer Infoladen (03641-449304) erfragt werden.

Näheres zu den Grenzcampen 1998 und 1999 unter <http://www.contrast.org/borders/camp/>, 2000 und 2001 unter <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp01/>. Bei <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp01/inhalt.htm> findet sich der Reader des Frankfurtercamps online. Bald soll auch eine Internetpräsenz des diesjährigen Camps auf [www.nadir.org](http://www.nadir.org) entstehen.

# Anzeige und polizeiliche Überprüfung wegen 20 Zentimeter Linoleum

Familie M. lebt seit 1995 mit ihren drei Kindern in Deutschland, nachdem sie wegen Mitgliedschaft in der kongolesischen Oppositionspartei UDPS aus ihrer Heimat im Kongo flüchten mussten. Ihnen drohte Haft und Folter von Seiten der kongolesischen Militärdiktatur. Von Köln nach Jena kamen sie zuerst im Flüchtlingsheim Klingerode, Kreis Worbis, unter. Dort ist der Sohn Edgar geboren. Von hier kamen sie nach Altenburg in die Sammelunterkunft (Geburt der jüngsten Tochter Isabella) und von hier konnten sie dann im Januar 2000 eine Dreiraum - Wohnung (Einzelunterkunft) in Gera beziehen.

Zu ABAD kam die Familie über Helga K. v. der A4 Altenburg (Asylgruppe). In einem ersten Gespräche mit T. M. erfuhren wir, dass die Familie in der Umgebung ihres derzeitigen Wohnumfeldes ständigen verbalen Diskriminierungen ausgesetzt ist.

Das erste Treffen verabredeten wir mit der Familie in ihrer Wohnung Anfang November 2001, um einmal gleich das Wohnumfeld kennen zu lernen und zweitens, um sie nicht unnötig außer Haus zu schicken. T. M. hatte mir schon gesagt, dass sie wenig und ungern außer Haus gehen wegen der Diskriminierungen. Fast jedesmal werden ihnen Beschimpfungen " wie haut ab!" - "was sucht ihr hier!" - "ihr lebt doch nur von unserem Geld!" u.v.a.m. hinterher gerufen.

Der Geraer Stadtteil Lusan ist bekannt als eine Wohngegend mit hohem Anteil von rechten Klientel. Es ist ein typischer Plattenbau Stadtteil Geras mit 40 000 Wohneinheiten vor der Wende und mittlerweile

hohen Wohnungsleerstand. Die Familie wohnt in einem der unsanierten Plattenbauten und somit einem Wohnumfeld sozial schwacher Menschen. In dieses Gebäude werden vom Sozialamt bevorzugt auch ausländische Menschen einquartiert.

Nachdem wir anfangs davon ausgingen, dass es wirklich ausschließlich verbale Diskriminierungen sind, denen die Familie ausgesetzt ist, stellten sich nach und nach viele andere Schwierigkeiten dar, mit denen sie zu kämpfen hat.

So wird die Familie und besonders Frau M. des Diebstahls bezichtigt. Den Kindern wird Sachbeschädigung im Treppenhaus unterstellt, wozu es eine Anzeige der Wohnungsgesellschaft gibt. Der geschätzte Wert der Sachbeschädigung etwa 150.- Euro, soll M.s vom Sozialhilfegesetz abgezogen werden.

Bei regelmäßigen Hausbesuchen des Sozialamtes (ca. monatlich) wird der Familie besonders die Verunreinigung der Wohnung vorgeworfen. Mit all diesen Be- und Verurteilungen wird der Familie jeglicher Bedarf von zu Bruch gegangenen Mobilien abgesprochen. Bei Nachfragen unsererseits wird hierzu noch ergänzt, dass das Gebrauchtwarenlager der Caritas z. Zt. geschlossen sei. Die Familie müsse warten.

Es wird ihnen generell bei allen Beschädigungen in der Wohnung unterstellt, dass dies durch fehlerhaften, unsachgemäßen Umgang selbst verschuldet ist. Dass bei drei Kleinkindern, die sich aus vorgenannten Gründen überwiegend tagtäglich in der 60 qm großen Wohnung aufhalten, Wohngegenstände, die sowieso schon ge- und verbraucht sind, nicht alles im Top - Zustand befindet, wird gar nicht beachtet. Die Diskriminierungen der Familie sind von amtlicher Seite also ebenfalls vorhanden.

Als ich im November; nach inständigem Bitten mit der Familie zur Sozialarbeiterin gehe, stellte ich fest, dass der Antrag auf Wohnungstausch, weil ihre Wohnung feucht und die Wände schimmelig sind, mit all den oben genannten Argumenten verzögert wird. Die Sozialarbeiterin bestätigte zwar Antrag und Gründe des Wohnungstausches, der schon lange fest steht, aber die Schadensersatzklage wegen Sachbeschädigung liege vor und müsse erst geklärt werden.

Dass H.M. unter einer Schlafapnoe (Atemstillstand während des Schlafes) leidet, weiß das Sozialamt und ebenso nicht unbekannt ist ihnen der Zusammenhang zwischen Schimmelpilz in der Wohnung und gesundheitlichen Folgen insbesondere auf die Atemwege.

Am Tag nach dem Besuch bei der Sozialarbeiterin ruft die Familie mich unterwegs an und bittet um Hilfe; denn die Polizei ist bei Ihnen wegen der Sachbeschädigung im Treppenhaus. Ich lasse mir den Beamten ans Telefon geben und er bestätigt, dass sie wegen der Anzeige die Personalien aufnehmen. Angezeigt sind die nach bundesdeutschem Recht nicht strafmündigen Kinder und normalerweise gibt es das nicht, dass wegen einer eher zivilrechtlichen Anzeige Personalien von der Polizei in der Wohnung der Angezeigten überprüft werden.

Am 3.1.02 ruft H.M bei uns an. Er hat eine Vorladung für den 08.01.02 in die Polizeiinspektion Süd, wo er mit seinen 5- und 8 -jährigen Kindern erscheinen soll.

Wir begleiten die Familie dabei. Dem Polizeibeamten fällt es selbst schwer, die Sache ernst zu nehmen. Er fängt gar nicht erst an mit einer Befragung, weil ein Dolmetscher fehlt. Die Anzeige wird von ihm weitergeleitet an die Staatsanwaltschaft mit den Worten, "sollen die entscheiden".

Die Sachbeschädigung im Treppenhaus ein Stockwerk tiefer von Fam. M's. Wohnung ist von uns besichtigt worden und nichts gefunden worden.

Wieso die Polizei trotz Personalnotstand mit nichtigen Dingen so massiv heran gezogen wird, muß sich doch der schlichtest denkende Mensch fragen. In der Anzeige wird vom Verlust eines **10 - 20 cm langen Linoleumstücks** gesprochen. Was für ein Sachschaden in einem abrisssfähigen Plattenbau, in dem fast alle Wohnungen Schimmel an den Wänden haben. Deutsche bzw. Einheimische werden in das Haus nicht mehr einquartiert.

Aus einer Quelle, die nicht genannt werden will, erfahren wir im Dezember 2001, dass die Familie verstärkt die o. g. Probleme bekam, weil sie in einem Presseartikel etwas über ihre Diskriminierungen in Gera verlauten ließen.

*Christel Wagner-Schurwanz*

Zeichen setzen.

Pro Asyl sucht die beste Aktion zum Tag des Flüchtlings 2002

Jährlich finden in über 100 Städten in Deutschland Aktionen zum Tag des Flüchtlings statt - von Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden, Schulklassen: mal nachdenklich, mal frech und laut. Was machen Sie an diesem Tag? Schreiben Sie uns, schicken Sie uns Berichte und Fotos! PRO ASYL veröffentlicht die schönsten, lustigsten, gedankenvollsten oder wirksamsten Aktionen im Internet und im Heft zum Tag des Flüchtlings. Die beste Aktion wird mit 500 € pramiert.

Schicken Sie Ihren Bericht (3.000 - 8.000 Zeichen) bis zum 31.10. 2002 an:  
PRO ASYL, Stichwort: »Tag des Flüchtlings«, Postfach 160624, 60069 Frankfurt / Main,  
oder per E-Mail an [proasyl@proasyl.de](mailto:proasyl@proasyl.de), Betreff: »Tag des Flüchtlings«.

## Freundeskreis ASYL Meiningen

Mittleres Tor - Mauergasse 14 - Meiningen 98617

Der Freundeskreis ASYL ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, der Asylsuchende bei der Lösung ihrer Fragen und Probleme unterstützt.

Wöchentlich treffen sich etwa 10 Personen im Mittleren Tor, Mauergasse 14 in Meiningen zur Beratung und Planung. Alle arbeiten in diesem Kreis ehrenamtlich. Der Kreis finanziert seine Tätigkeiten durch Spenden und Fördermittel.

### Arbeitsfelder:

- Beratungsstunden, Deutschunterricht, Kinderbetreuung (in Planung) für Asylbewerber
- Hilfe bei der Beschaffung von Möbeln, Bekleidung und Technik
- Feste und Aktivitäten, gemeinsam von Asylsuchenden und dem Freundeskreis gestaltet
- Öffentlichkeitsarbeit
- Information über Einzelschicksale
- Arbeit mit dem Betreiber und den Behörden: kritischer Umgang mit dem Betreiber und sachliche Zusammenarbeit den Behörden

## MITTLERES TOR:

Ein Treffpunkt der verschiedenen Kulturen.

Der Treffpunkt erfüllt vier Aufgaben

1. Kommunikation
2. Information
3. Interaktion
4. Handel (Eine – Welt – Handel)

Es ist ein Treffpunkt für Vereine und informelle Gruppen. Es gibt die Möglichkeit der Weiterbildung. Ein Laden ist integriert.

### Bausteine:

- Vortragsreihe
- Trommelkurs
- Didgeridoo Kurs
- Spieleabende (Gesellschaftsspiele international)
- Pfadfindergruppe
- Feste (Programm zum Stadtfest)
- Filmclub
- Englischstammtisch

## Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen!

Die Erfahrungen aus den vergangenen Bundestagswahlkämpfen sind eindeutig: Auch diesmal ist zu befürchten, dass Politiker negative Stimmungen gegenüber Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten schüren, um Wählerstimmen zu gewinnen. PRO ASYL fordert alle demokratischen Politikerinnen und Politiker auf, dies zu unterlassen. Migranten und Flüchtlinge tragen keine Verantwortung für wirtschaftliche Fehlentwicklungen, hohe Arbeitslosenzahlen oder mangelnde soziale Sicherheit in unserem Land. Wer immer dies behauptet, lenkt nur von eigenen Versäumnissen ab.

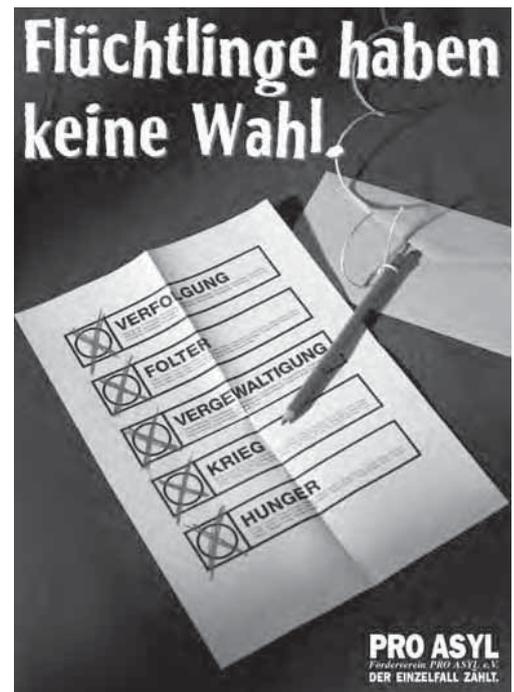
Unterstützen Sie die bundesweite Aktion "Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen".

Initiativgruppen, die vor Ort aktiv werden, erhalten von PRO ASYL folgende Zuschüsse:

- bis zu 200 EURO für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen (Finanzierungsbeihilfe für Räumlichkeiten, Werbung, Informationsmaterialien, u.ä.)

- bis zu 50 EURO für die Organisation und Durchführung von Infoständen in Fußgängerzonen (Finanzierungsbeihilfe für Informationsmaterial, Werbemittel u.a.)

Informieren Sie sich über die Förderbedingungen und die Initiative "Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen" unter [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de). Anträge auf Förderung richten Sie bitte an PRO ASYL, Postfach 160624, 60069 Frankfurt / M.



## Projekt UDO engagiert sich in Aschara

**Aschara**, das ist der Name einer kleinen Ortschaft, indem sich die neue große Gemeinschaftsunterkunft für AsylbewerberInnen seit März 2002 befindet, nachdem die Landesgemeinschaftsunterkunft in Mühlhausen geschlossen wurde. Bereits im Sommer 2003 soll auch dieses Heim wieder geschlossen werden. Die HeimbewohnerInnen werden dann voraussichtlich wieder in der Nähe von Mühlhausen untergebracht.

Das Projekt **UDO** steht für **U**nterstützung, **D**urchführung und **O**rganisation von präventiven Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt im Unstrut-Hainich-Kreis. Das Projekt existiert seit Oktober 2001 in Mühlhausen. Die 3 MitarbeiterInnen haben es sich zum Ziel gemacht, in Aschara insbesondere Jugendliche für Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu sensibilisieren, Vorurteile abzubauen und Akzeptanz zu fördern. Dazu planen sie Projekttag an der dortigen Realschule, gemeinsame Veranstaltungen mit AsylbewerberInnen und DorfbewohnerInnen, etc.

Kontakt: Projekt UDO, Brunnenstr. 29, 99974 Mühlhausen, Telefon 03601-427245

### Beratung für MigrantInnen und Flüchtlinge in Erfurt startet neu!

Seit März 2002 ist es wieder soweit: eine Rechtsanwältin hat die Beratung für MigrantInnen und Flüchtlinge bei der Offenen Arbeit Erfurt wieder aufgenommen. Beratungsgespräche finden Mittwochs von 17-19 Uhr in der Offenen Arbeit Erfurt, Allerheiligenstrasse 9, Hinterhaus statt. Gefördert durch Abgeordnete und MitarbeiterInnen der PDS Landtagsfraktion ergänzen sie das Beratungsangebot bei der Ausländerbeauftragten, dem Büro für ausländische Mitbürger des evangelischen Kirchenkreis und der Caritas. Die Beratung steht nicht nur Menschen zur Verfügung, die in Erfurt leben, auch Menschen aus anderen Städten sind herzlich eingeladen. Denn kostenlose Beratungsstellen für ausländerrechtliche Fragen bzw. aufenthaltsbedingte Problemstellungen, wie z.B. Arbeitserlaubnis, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und eigenen Wohnungen, Eheschließung und anderen, die Existenz in Deutschland betreffenden Problemen sind in Thüringen rar. Und da viele Flüchtlinge nicht wissen, dass auch bei RechtsanwältInnen ein Erstgespräch kostenlos ist, haben die wenigen Beratungsstellen alle Hände voll zu tun.

### Bureau d'information et de conseil pour les étrangers et étrangères

La Offene Arbeit Erfurt offre gratuitement des informations générales pour les citoyens étrangers. Ces informations se placent dans le cadre judiciaire par ex : Le droit d'asile, et le Lois pour les étran-

gers et leur relation avec l'acquisition ou pas d'un visa valable en Allemagne, et d'autres difficultés liés à ces matières, qui peuvent engraver la vie en général comme les problèmes de mariages binationaux, ou les mariages des étrangers, les problèmes d' admission au travail, les problèmes de logement. Ce service sera évidemment effectué chaque mercredi de 17h00 à 19 h00 à 99084 Erfurt, Allerheiligenstr. 9, Hinterhaus par un avocat spécialisé dans les droits des étrangers.

### Consultation for Foreigners

The Offene Arbeit Erfurt is now offering free of charge consultations for foreigners. We advise you on matters concerning alien- and extradition-law and right of asylum as well as on matters that may relate to your stay in Germany, like marriage, admission to work, housing and accomodation problems, concerning your residency in Germany. A lawyer qualified in the above subjects will perform the consultations. The consultations take place at the Allerheiligenstr. 9, Hinterhaus, 99084 Erfurt, on Wednesdays from 5h00 to 7h00 p.m.

### Adresse:

Offene Arbeit Erfurt  
Allerheiligenstrasse 9, Hinterhaus  
99084 Erfurt  
Tel. 0361/6422661  
Mittwochs 17-19 Uhr

*Barbara Schäuble*



### Internet für Flüchtlinge

**Der Flüchtlingsrat und das DGB-Bildungswerk bieten allen Flüchtlingen an, das Internet kennenzulernen und zu nutzen.**

**Unter anderem wird erklärt, wie man Informationen zu Asyl und Herkunftsländern über das Internet finden kann. Ihr braucht keine Vorkenntnisse und erhaltet eine technische Einführung!**

### Internet for refugees

**The Refugee Council and the DGB-Bildungswerk offer to all refugees to learn to use the Internet. You will learn how to find information about asylum-related topics and about countries of origin. And more. You don't need any knowledge and you will get technical support.**

**Wann/Time?  
Jeden Dienstag/ervery  
Tuesday 14.00 – 16.00**

**Wo/Where?  
Büro des Flüchtlingsrates /  
Office of the Refugee Council,  
Erfurt, Warsbergstraße 1  
(linker Eingang/left entrance)**

***Wir laden alle Interessierten ein!  
You are all welcome!***

### Unterstützen Sie den Flüchtlingsrat Thüringen e.V.!

Ich/wir möchte(n) weitere Informationen und Einladungen zu den Treffen des Offenen Flüchtlingsrates erhalten.

### AUFNAHME-ANTRAG

Ich/wir möchte(n)  ordentliches Mitglied /  förderndes Mitglied ohne Stimmrecht des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. werden.

Ich/wir verpflichten uns, einen Jahresbeitrag von DM \_\_\_\_\_ gemäß der Beitragsregelung an den Verein zu entrichten. Jahresbeitrag 30 EUR für Einzelpersonen, 20 EUR für Personen ohne Einkommen, 6 EUR für Asylbewerber/innen (bei Leistungen gemäß AsylbLG), Jahresbeitrag 100 EUR für Organisationen (der Vorstand kann im Einzelfall Ausnahmen genehmigen, ausgehend von einem Mindestbeitrag von 30 EUR pro Jahr)

Name, Vorname: .....

Organisation: .....

Straße, PLZ, Ort: .....

Telefon/Fax/E-Mail: .....

Ort, Datum

Unterschrift